

[H I N T E R G R U N D]

Berlin, 5. August 2016

Böcke zu Gärtnern

Wie die aktuelle Kooperation mit Agrarkonzernen eine nachhaltige Landwirtschaft verhindert

Zusammenfassung

Das vorliegende Papier dokumentiert, wie die Bundesregierung unter dem Etikett der Hungerbekämpfung die Wirtschaftsinteressen von Agrarkonzernen fördert. Oxfam wertete dafür mehrere Kooperationsprojekte in Asien und Afrika, zahlreiche über das Informationsfreiheitsgesetz erhaltene Dokumente, Schulungsmaterialien und einen Projektbesuch in Kenia aus. Zwei der drei untersuchten Projekte laufen noch bis Ende 2017. Sie waren ursprünglich unter dem Dach der 2012 ins Leben gerufenen German Food Partnership etabliert worden.

Fazit: Die öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) setzen einseitig auf den Ausbau der industriellen Landwirtschaft inklusive des Einsatzes von Düngemitteln, Pestiziden und lizenziertem Industriesaatgut. Dies dient vor allem den Profitinteressen der beteiligten Agrarkonzerne, denen im Rahmen der PPPs eine Plattform zur Bewerbung ihres input-basierten Agrarmodells und teilweise zur Bewerbung ihrer Markenprodukte geboten wird. Nachhaltige agrarökologische Anbauverfahren werden dagegen kaum berücksichtigt.

Bei den PPPs wurde teilweise gegen die Vorgaben des BMZs verstoßen, sei es mit der Vorstellung von Düngemitteln des Unternehmens Yara oder konkreten Empfehlungen für den Einsatz zum Teil hochgiftiger Pestizide. Entgegen den Aussagen des BMZs wurde kein besonderer Wert auf den Erhalt oder die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit in den PPP-Projekten gelegt. Die vielfältigen ökologischen Probleme der industriellen Landwirtschaft werden verharmlost und mit der Fixierung auf „technologische Lösungen“ wird verkannt, dass Hunger kein Problem des Mangels ist, sondern von Armut und der Verletzung von Menschenrechten.

Weltweit werden genügend Lebensmittel produziert, um die ganze Menschheit zu ernähren. Dennoch hungern nach FAO-Angaben mindestens 800 Millionen Menschen. Es sind vor allem Menschen, die systematisch marginalisiert und diskriminiert werden, wie Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Frauen. Sie waren jedoch bei der Entwicklung der Projekte bis auf eine beschränkte Ausnahme nicht beteiligt. Es ist frappierend, dass Projekte immer noch ohne die Zielgruppen entwickelt werden.

Die mit bis zu 195 Millionen Euro geförderten *Grünen Innovationszentren* setzen diese Fehlentwicklung mit Blick auf die Kooperation mit Agrarkonzernen fort. Die teilweise neuen Vertragsmodalitäten deuten darauf hin, dass Agrarkonzernen noch mehr Macht und Vorteile eingeräumt werden könnten und damit eine neue Generation von PPPs befördert wird.

In Indien kooperiert das Entwicklungsministerium seit März 2016 zur „Modernisierung der Apfel-Wertschöpfungskette“ mit Bayer CropScience. Für zahlreiche andere Projekte der *Grünen Innovationszentren* stehen die Agrarkonzerne bereits Schlange.

1) Einleitung

Weltweit werden genügend Lebensmittel produziert, um die gesamte Menschheit zu ernähren. Dennoch leiden nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 800 Millionen Menschen chronisch unter Hunger. Dieser Fakt deutet darauf hin, dass Hunger kein Problem des Mangels ist, sondern von Armut und der Verletzung von Menschenrechten. Das hat auch damit zu tun, dass eine kleine Elite von Regierungen und Konzernen das globale Ernährungssystem dominiert. Die Hauptproduzenten der Lebensmittel - hunderte Millionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern - sowie die Milliarden Verbraucher*innen bleiben dagegen außen vor. Wenn der Hunger bis 2030 wirklich weltweit beseitigt und die globalen Nachhaltigkeitsziele erreicht werden sollen, wie es die Vereinten Nationen 2015 versprochen, muss dieses ungerechte Ernährungssystem grundlegend transformiert werden.

Doch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit macht genau das Gegenteil, kooperiert verstärkt mit den großen Agrarkonzernen und macht damit den Bock zum Gärtner. Diese Kooperation begann Ende der 1990er Jahre und verstärkte sich nach dem Weltwirtschaftsforum 2011. Die dort verabschiedete „Neue Vision für die Landwirtschaft“ beförderte die Gründung der Investitionsplattform „GROW Africa“ und der „Neuen Allianz für Ernährungssicherheit“ der G8 und inspirierte zudem den damaligen deutschen Entwicklungsminister Dirk Niebel, eine „German Food Partnership“ ins Leben zu rufen. Entwicklungsminister Gerd Müller setzt diesen Weg nun im Globalvorhaben „Grüne Innovationszentren“ im Rahmen der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ und der Gründung der „Agentur für Wirtschaft und Entwicklung“ fort.

Mit der Analyse mehrerer Kooperationsprojekte mit Agrarkonzernen (öffentliche-private Partnerschaften, PPPs) möchte Oxfam anhand der skizzierten Probleme die Risiken der Kooperation mit der Agrar- und Ernährungswirtschaft aufzeigen und eine Diskussion voranbringen, unter welchen Bedingungen eine solche Kooperation aus Entwicklungsperspektive förderlich sein könnte. Grundlage dieser Analyse sind mehrere Dokumente, die Oxfam durch eine Anfrage über das Informationsfreiheitsgesetz inklusive Widerspruchsverfahren vom BMZ erhalten hat. Gleichzeitig haben Oxfam und die Agrar Koordination Schulungsmaterialien aktueller Reisprojekte evaluieren lassen. Zudem gestattete ein von der GIZ ermöglichter Projektbesuch Einblicke in ein Kartoffel-PPP in Kenia. Das Papier schließt mit einem kurzen Ausblick auf die „Grünen Innovationszentren“ der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“.

2) Um welche PPPs geht es?

Im Papier werden insgesamt drei Kooperationsprojekte analysiert: die Better Rice Initiative Asia (BRIA); die Competitive African Rice Initiative (CARI); sowie die Potato Initiative Africa (PIA). Die Reisprojekte laufen noch bis Ende 2017 und das Kartoffelprojekt soll regional ausgeweitet werden. Alle drei PPPs waren ursprünglich unter dem Dach der 2012 ins Leben gerufenen German Food Partnership (GFP) etabliert worden. Diese wurde zwar 2015 offiziell beendet, aber die Projekte werden fortgeführt.

Ein kurzer Rückblick: Mehr als 30 Unternehmen und Verbände hatten die GFP Mitte 2012 unter der Schirmherrschaft des Entwicklungsministeriums als große, langfristig angelegte öffentlich-private Partnerschaft (PPP) gegründet. Selbsterklärtes Ziel war es, die Ernährungssituation in Entwicklungs- und Schwellenländern durch mehr und qualitativ höherwertige Lebensmittel zu verbessern. Mit den GFP-Projekten sollte die Produktivität und die Leistungsfähigkeit entlang der Wertschöpfungskette auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Art und Weise gesteigert werden, indem Bauern und Bäuerinnen der Zugang zu Betriebsmitteln und Märkten erleichtert wird. Betriebseinkommen sollten erhöht, die Ernährung von lokalen Bauern, insbesondere Kleinbauern, sowie von Verbrauchern verbessert werden.¹

Am 5. November 2013 wurden die PPPs der Öffentlichkeit präsentiert. Die folgenden Informationen basieren im Wesentlichen auf Dokumenten, die Oxfam am 3.12.2014, 25.2.2015 und 10.4.2015 vom BMZ erhalten hat.

¹ Siehe Guide to the GFP. S.5.

Better Rice Initiative Asia (BRIA)

- **Laufzeit:** 1.10.2013 – 30.11.2017 (Ausnahme: Vietnam, Beginn: 1.10.2014)
- **Länder:** Indonesien, Philippinen, Thailand, Vietnam
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Durchführer:** GIZ
- **Partner:** BASF, Bayer CropScience, Royal DSM, Yara, Olam, Deutsche Bank, Thai Rice Department, Philippine Department of Agriculture, Indonesian Ministry of Agriculture, Vietnamese Ministry of Agriculture and Rural Development
- **Finanzierung:** Gesamt ca. 10 Mio. Euro (ca. 30 Prozent BMZ, 70 Prozent Unternehmen)²
- **Datum des Länderkonzepts:** Indonesien (10/2013), Philippinen (10/2013), Thailand (4/2014), Vietnam (11/2014)
- **Unterzeichnung des Kooperationsabkommens:**
 - Philippinen: Bayer (19.11.2013), Yara (6.12.2013)
 - Indonesien (Landwirtschaft): BASF (15.11.2013)
 - Indonesien (Nutrition): BASF (8.11.2013), DSM (10.2.2014)
 - Vietnam: Bayer (5.12.2014)
 - Thailand: BASF (30.4.2014), Bayer CropScience (Vertragsdatum unbekannt)
- **Operative Leitlinien:** Entwickelt vermutlich Mitte 2014. In §28 heißt es: As the Guide to the GFP as well as the training guidelines “were approved subsequent to some of the initiatives contract signings they cannot be made obligatory for the initiative”.³ Der Guide galt ab dem 1.3.2014.⁴
- **Regionale Workshops:** Februar 2014 und Oktober 2014
- **Ziele:** Verbesserung der Reiserwertschöpfungskette, höhere Einkommen in ländlichen Gebieten, nachhaltige Reisproduktion, Verbesserung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit.

Competitive African Rice Initiative (CARI)

- **Laufzeit:** 11/2013 – 12/2017
- **Länder:** Nigeria, Ghana, Burkina Faso, Tansania
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Ko-finanziert durch:** Bill & Melinda Gates Stiftung, Walmart Stiftung
- **Durchführer:** GIZ, Technoserve, Kilimo Trust, John A. Kufuour Stiftung (JAK)
- **Versand des GIZ-Angebotes ans BMZ:** 23. September 2013
- **Finanzierung:** 18,4 Mio. Euro (ca. 27 Prozent BMZ, 73 Prozent Bill und Melinda Gates-Stiftung)
- **Unterzeichnung des MOU (Ghana, Burkina Faso):** Bayer und RMG mit GIZ (24.6. und 28.6.2013)
- **Partnerschaftsprojekte** (finanziert über den Matching Fund, der das Hauptinstrument darstellt)⁵: Insgesamt 32. Auf der Homepage aufgeführt werden sieben in Ghana, zehn in Nigeria, acht in Tansania und zwei in Burkina Faso. Zudem gibt es drei Projekte mit der Zielgruppe Frauen.
- **Wienco/Bayer-Reisprojekt in Ghana⁶ (Finanzierung nicht bekannt):** Um die Erträge und die Einkommen der Bauern zu verdoppeln, erhalten sie ein Training in guter, fachlicher Praxis (GAP) und technologische Pakete mit Agrarchemikalien, Hybridsaatgut, Düngemitteln und Spritzmaschinen. Die Bauern bekommen einen Kredit, den sie nach der Ernte zurückzahlen müssen. Der Reis wird gemahlen und als Wienco Aduahene Reis verpackt und an Händler verkauft. Anbauverträge zwischen Bauern und Abnehmern werden unterstützt (Vertragsanbau).
- **Regionaler Workshop:** Februar 2014
- **Vision:** Erreichen eines nachhaltigen Erfolgs der Afrikanischen Reisindustrie
- **Ziele:** Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und dauerhafte Reduzierung der Armut. Dies soll erreicht werden durch 1) verbesserte Produktivität und Qualität von Reis basierend auf einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen Reisproduktion, 2) höhere Effizienz, 3) besseren Zugang zu Finanzdienstleistungen und 4) ein förderliches Umfeld auf nationaler und regionaler Ebene.

² Siehe: Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der Fraktion „DIE LINKE“ vom 16.2.2015. Drucksache 18/4016. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804016.pdf>.

³ Siehe: Better Rice Initiative Asia (BRIA). Operating Guidelines. S.11: §28.

⁴ Siehe Guide to the German Food Partnership. The Guide to the German Food Partnership serves as reference for all GFP projects planned and implemented as of March 1st 2014. http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2015/10/Guide_to_the_GFP_20140224.pdf.

⁵ Siehe: <http://cari-project.org/matching-fund/cari-mf-projects>.

⁶ Siehe: <http://cari-project.org/wp-content/uploads/2015/12/GH-Wienco-pdf.pdf>.

Potato Initiative Africa (PIA)

- **Laufzeit:** 03/ 2014 – 12/2015, Ausweitung auf regionaler Ebene nach 2015 geplant
- **Länder:** Nigeria, Kenia
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Durchführer:** GIZ
- **Partner:** International Potato Center (CIP) in Kenia, National Root Crops Research Institute (NRCRI) in Nigeria, Bayer CropScience, Syngenta, Grimme, Lemken, K+S, Europlant, Solana
- **Finanzierung:** Rund 1,4 Mio. Euro (50 Prozent BMZ, 50 Prozent Unternehmen)⁷
- **Vorlage des Konzepts:** 10. September 2014, also erst nach Unterzeichnung der Kooperationsabkommen mit den Unternehmen
- **Unterzeichnung des Kooperationsabkommens:**
 - Kenia: Bayer (14.7.2014)
 - Kenia/Nigeria: Syngenta (4.7.2014), Europlant (4.8.2014), Solana (21.7.2014)
- **Unterzeichnung der Absichtserklärung:**
 - Lemken (13.8.2014)
 - Grimme Landmaschinenfabrik (13.8.2014)
- **Regionaler Workshop:** Februar 2014
- **Ziele:** Verbesserung der Kartoffel-Wertschöpfungskette durch die Erhöhung der Produktion, Effizienz und Qualität. Das Kartoffelprojekt leistet einen Beitrag zur Erreichung des MDG 1 (Reduktion von Hunger und Armut) und MDG 7 (Verbesserung der Nachhaltigkeit im Umweltbereich).
- **Projektcharakter:** Pilot-Projekt für nachfolgendes regionales Programm
- **Kontext aus Unternehmensperspektive:** „Companies..., such as GFP companies involved, face difficulties to reach out to smallholders due to their low level of organization, their lack of know-how and appreciation of modern production practices, their limited liquidity for upfront purchasing of high quality inputs and naturally their risk aversion due to missing market linkages.“⁸
- **Unternehmensinteresse und langfristige Tragfähigkeit der Maßnahme:** „All the companies involved have the interest to establish and/or strengthen their market access in Nigeria and Kenya in the potato sector in cooperation with GIZ, government institutions... Particularly, companies' interest is to reach smallholders and thereby increase sourcing of agricultural products and sales of inputs. ...It is expected that an increased awareness among farmers and the profitability of better processes, seeds, pest control and fertilization will increase farmers' demand for solutions provided by the companies which will ultimately improve the companies' market visibility, market shares and business opportunities... Through the cooperation with GIZ, the outreach to farmers is expected to increase“.⁹

Für den damaligen Entwicklungsminister Dirk Niebel war die GFP ein Vorzeigeprojekt. Die Förderung der ländlichen Entwicklung in Entwicklungsländern sei ohne die Wirtschaft nicht möglich, verkündete er.¹⁰ Von strategischer Bedeutung war dabei die Kooperation mit der Bill und Melinda Gates-Stiftung.¹¹ Insgesamt wurden 80 Millionen in Aussicht gestellt, am Ende mindestens 29.8 Millionen investiert.¹²

⁷ Siehe FN 3. Drucksache 18/4016.

⁸ Siehe: Concept. Development Partnership with German Food Partnership (GFP) Partner Companies in the Potato Initiative Africa. 10.9.2014. S.5.

⁹ Ibid. S.6.

¹⁰ BMZ (2013): Dirk Niebel: Ländliche Entwicklung ohne Wirtschaft nicht möglich. Pressemitteilung vom 7. Mai 2013, <http://www.bmz.de/20130507-2>.

¹¹ BMZ (2013): Dirk Niebel, Bill Gates und die deutsche Wirtschaft verstärken Kampf gegen Hunger, Pressemitteilung vom 29. Januar 2013, <http://www.bmz.de/20130129-1>.

¹² Im Januar 2013 kündigten Dirk Niebel, Bill Gates und Vertreter/innen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft an, gemeinsam 80 Millionen Euro für GFP-Projekte mit Fokus auf Afrika bereitzustellen: 20 Millionen davon wurden vom BMZ, 20 Millionen von der Bill und Melinda Gates-Stiftung und 40 Millionen von der Wirtschaft in Aussicht gestellt. Die absolute Endsumme lässt sich nicht ermitteln, da keine Zahlen zum Matching Fund von CARI und zu den CARI-Beiträgen der Wirtschaft vorliegen. Das Ministerium hat 43,34 Prozent seiner angekündigten Mittel investiert und die Bill und Melinda Gates-Stiftung 64,4 Prozent. Ohne CARI liegt der Anteil der Wirtschaft an ihrem anvisierten GFP-Beitrag bei 19,25 Prozent. Beim CARI-Matching Fund werden 60 Prozent der Kosten von den Unternehmen und 40 Prozent vom Matching Fund

Der „Guide to the GFP“ stellt die Entstehungshintergründe, Ziele und Strategien der GFP dar, beschreibt die Kriterien und Prinzipien für die Mitarbeit in der GFP und erläutert die Rollenverteilung in den GFP-Projekten.¹³ Er beinhaltet Nachhaltigkeitskriterien, die Unternehmen einhalten sollten. Nach Angaben der Bundesregierung galten die Leitlinien des „Guide“ ab dem 1. März 2014 „verbindlich sowohl für die Ausgestaltung der geplanten Projekte wie auch für die Planung neuer Projekte“.¹⁴ Aber sie haben praktisch keine Relevanz für BRIA und CARI. In den operativen Leitlinien des BRIA-Projekts ist explizit im §28 festgehalten, dass sie „nicht verbindlich“ seien, da der Guide als auch die Schulungsleitlinien erst nach einigen Vertragsunterzeichnungen verabschiedet wurden. Bei CARI wurde der Guide weder im Angebot der GIZ fürs BMZ noch in den operativen Leitlinien des Matching Funds aufgeführt. Die PIA-Verträge wurden alle nach dem 1.3.2014 unterzeichnet und unterlagen damit formell den Leitlinien des Guides. Die Kooperationsabkommen mit den beteiligten Unternehmen und die Absichtserklärungen im Rahmen von PIA enthalten allerdings keinen Verweis auf den Guide.¹⁵

BRIA: Operative Leitlinien

As the Guide to the GFP as well as the training guidelines “were approved subsequent to some of the initiatives contract signings they cannot be made obligatory for the initiative” (§28).

In den Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ und „Die Linke“ wurde hingegen mehrfach auf den Guide verwiesen. Der Guide würde die Einhaltung der Menschenrechte festschreiben und den entwicklungspolitischen Mehrwert der Projekte sicherstellen. Alle beteiligten Unternehmen hätten sich mit der Annahme des ‚Guide to the GFP‘ zur Einhaltung des Rechts auf Nahrung bekannt. Die Teilnahme an der GFP stünde prinzipiell allen Unternehmen frei, die sich zur Einhaltung der Kriterien des Guide verpflichteten.¹⁶ Für die zwei finanziell größten Projekte – BRIA und CARI – stimmt all dies jedoch nicht. Für BRIA war der Guide nicht verbindlich und bei CARI war er nicht relevant. Mit anderen Worten: Faktisch stellte der Guide für die Mehrzahl der GFP-Projekte im Wesentlichen ein Feigenblatt dar. Dies lässt erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Aussagen der Bundesregierung zur entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Ausrichtung von PPPs aufkommen.

3) Befürchtungen der Zivilgesellschaft

Bei einem Dialogtag der German Food Partnership mit der Zivilgesellschaft am 18. Juni 2013 - also vor der Unterzeichnung der Verträge - äußerten die zivilgesellschaftlichen Organisationen folgende Kritik:¹⁷

- Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, die von den Projekten profitieren sollen, seien (nach damaligem Informationsstand) nur unzureichend in die Entwicklung, Entscheidungsfindung und Umsetzung der Vorhaben involviert.
- Der entwicklungspolitische Mehrwert der GFP sei nicht ersichtlich und es sei unverständlich, warum es einer Förderung durch das BMZ bedürfte.
- Das Agrarmodell der Agrochemie sowie das dahinter stehende Entwicklungsmodell wurden kritisiert.
- Der Innovationsbegriff des BMZs wurde damals schon in Frage gestellt. Stattdessen wurde auf das Innovationspotenzial von agrarökologischen Anbaumethoden und von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen verwiesen.

finanziert. Siehe Matching Fund Operating Guidelines: <http://mofa.gov.gh/site/wp-content/uploads/2014/11/CARI-Matching-Fund-Operating-Guidelines.pdf>.

¹³ Guide to the GFP: http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2015/10/Guide_to_the_GFP_20140224.pdf. Hintergrundpapier von Oxfam zum Guide: https://www.oxfam.de/system/files/wohin_steuert_die_gfp_-_oxfam_hintergrund.pdf.

¹⁴ Siehe Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Bündnis90/DIE GRÜNEN“ vom 24.2.2014. Drucksache 18/649. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/006/1800649.pdf>.

¹⁵ Nur im Konzept wird auf die GFP-Leitlinien verwiesen im Hinblick auf die Anwendung von Pestiziden, die Wahlfreiheit von Bauern und das Verbot des Einsatzes von gentechnisch verändertem Saatgut und der Achtung des internationalen Abkommens zu Bauernrechten bei Saatgut (S.8.).

¹⁶ Siehe Drucksachen 18/456 und 18/4016.

¹⁷ Email von der GIZ vom 23.7.2013 mit dem Ergebnisprotokoll des GFP-NGO-Dialogtages vom 18. Juni 2013. Von NGO-Seite nahmen Brot für die Welt, ONE; Welthungerhilfe, INKOTA, Oxfam und Tierärzte ohne Grenzen an dem Treffen teil.

Ein im November 2013 veröffentlichtes Positionspapier des Forums Umwelt & Entwicklung bekräftigte diese Kritik.¹⁸ Im Bericht „Gefährliche Partnerschaft“, der zum Auftakt der Kampagne „Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne“, im Mai 2014 veröffentlicht wurde, kritisierte Oxfam, dass Menschen, die von Hunger betroffen seien, nicht im Mittelpunkt ständen. Mit ihren Aktivitäten wollte die GFP vielmehr marktorientierte Kleinbäuerinnen und –bauern erreichen und in Produktionsketten integrieren. Die Gefahren, die mit der starken Abhängigkeit von Konzernen und ihren Inputs wie Industriesaatgut und Pestiziden verbunden seien, würden ausgeblendet. Stattdessen helfe die Bundesregierung mit ihren Förderprogrammen den Konzernen, sich neue Märkte für Saatgut und Pestizide zu erschließen.¹⁹

4) Verbesserung der Transparenz

Am 05.11.2013 wurden die ersten PPPs der GFP öffentlich lanciert. In Reaktion auf die Kritik von Seiten der anwesenden NGOs sagte das BMZ vollständige Transparenz zu. NGOs bekämen alle Informationen, die sie wollen.²⁰ Oxfam hatte bereits eine Woche später nachgehakt und Informationen zu den Projekten angefordert. Tatsächlich dauerte es dann fast zwei Jahre, bis die meisten Informationen vorlagen (siehe Box nächste Seite).

Wie ist die Transparenz bei den PPPs insgesamt zu bewerten? Man kann positiverweise festhalten, dass das BMZ am Ende umfassende Informationen zu den PPPs bereitstellte und sich die Transparenz seit Ende 2013 deutlich verbesserte.²¹ Gleichwohl ist nicht nachvollziehbar, warum die Kopien der abgeschlossenen Verträge und die angefragten Informationen zu BRIA und CARI nicht eher bereitgestellt wurden. Einige Schwärzungen sind selbst unter Berücksichtigung des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses nicht zu rechtfertigen. Zum Beispiel in einzelnen Fällen: Datum vom Konzept, zeitliche Fristen für Projektmaßnahmen, Meilensteine, Indikatoren und Informationen zum Projektupdate. Nach dem Widerspruch erfuhr wir, dass die BRIA-Trainingsmodule für die Philippinen bereits am 28.8.2014 vom Projektmanagement-Team abgesegnet wurden. Diese wurden Oxfam aber erst im Oktober 2015 zur Verfügung gestellt.

Transparenz und Rechenschaftspflicht sind aber nicht nur gegenüber der deutschen Zivilgesellschaft, sondern auch für die lokale Zivilgesellschaft und die Projektbeteiligten in den Projektländern von großer Bedeutung. Nachdem zunächst kaum öffentliche Informationen über die konkreten Projektmaßnahmen erhältlich waren, wurden Anfang 2015 eine Homepage für [BRIA](#) und Mitte 2015 für [CARI](#) lanciert. Sie enthalten mittlerweile auch die Trainingsmaterialien, die Oxfam im Oktober 2015 zur Verfügung gestellt wurden. Über die [GFP-Seite](#) waren vorher nur sehr allgemeine Informationen zu den Projekten zugänglich. Auch hier hat sich die Transparenz verbessert. Positiv hervorzuheben ist bei CARI die Veröffentlichung der geförderten Projekte. Gleichwohl ist leider nicht ersichtlich, wie hoch die Fördersumme bzw. der Anteil von der Bill und Melinda Gates Stiftung und vom BMZ ist. Auch wird nicht offengelegt, wann das Förderprojekt bewilligt wurde und in welchem Zeitraum das Projekt durchgeführt wird (inhaltliche Kritik, siehe Kapitel 5-6).

¹⁸ Siehe Forum Umwelt & Entwicklung (2013): German Food Partnership – Entwicklungszusammenarbeit zum Nutzen deutscher Konzerne oder zur Bekämpfung von Hunger und Armut? Positionspapier der AG Landwirtschaft & Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung zur German Food Partnership (GFP): http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/05/pospap_gfp_v3.pdf.

¹⁹ Siehe Oxfam (2014): Gefährliche Partnerschaft. <https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/gefaehrliche-partnerschaft>.

²⁰ Siehe Blog-Artikel: <https://www.oxfam.de/blog/bayer-basf-co-kassieren-entwicklungshilfegelder-unglaublich>.

²¹ Die Anfrage im Hinblick auf die „Letter of Intent“ (LOI), die Teil des Kooperationsabkommens mit Benin (G8 Neue Allianz für Ernährungssicherung) sind, wurde sowohl vom BMZ als auch von der Regierung in Benin negativ beschieden. Auch für die restlichen neun Kooperationsabkommen der Neuen Allianz liegen keine LOI vor. Damit ist eine umfassende Überprüfung der angestrebten Ziele und der Wirkungen der Unternehmensinvestitionen völlig unmöglich. Die Intransparenz bei diesem Mega-PPP ist höchst bedenklich. Gemäß dem Ise-Shima Fortschrittsbericht von 2016 lösten die Afrikanischen Regierungen 91 Prozent ihrer Verpflichtungen ein, die Geldgeber 75 Prozent und die Unternehmen 7 Prozent.

Chronologie:

- 13.11.2013 Oxfam-Anfrage ans BMZ auf Zugang zu Information zur German Food Partnership: Bitte um Zusendung folgender Informationen: 1) Kopien der Verträge und sonstige Vereinbarungen zwischen dem BMZ und den einzelnen Unternehmen; 2) Kopien der Verträge und sonstige Vereinbarungen zwischen dem BMZ und den Stiftungen, 3) Kopien der Letter of Intent (LOI), die Teil des G8-Kooperationsabkommens zwischen Deutschland, Benin und Investoren sind.
- 13.12.2013 In der Antwort des BMZs wurde Oxfam in Bezug auf die „Letter of Intent“ (G8-Neue Allianz für Ernährungssicherung) an den landwirtschaftlichen Berater des beninischen Präsidenten verwiesen, in dessen Zuständigkeitsbereich die Dokumente lägen. Keine Information zu den PPPs der GFP.
- 19.12.2013 Oxfam wies auf fehlende Antwort zur GFP hin und bat um Zusendung der angefragten Dokumente. Das BMZ antwortete am 13.1.2014, dass es schnellstmöglich antworten würde.
- 05.02.2014 - 10.03.2014 Drei weitere Emails von Oxfam und drei Antworten von BMZ bzw. GIZ. Am 10.03.2014 sendete die GIZ den „Guide to the GFP“ zu, der zwar allgemeine Informationen zur GFP enthielt, aber keine zu den Projekten oder den angeforderten Verträgen.
- 13.05.2014 Oxfam schrieb dem BMZ, dass es kein Verständnis dafür hätte, dass die Dokumente auch nach sechs Monaten immer noch nicht vorlägen und wir mit dem Hinweis auf juristische Prüfungen, Rückfragen bei beteiligten Unternehmen und Stiftungen etc. vertröstet würden.
- 22.05.2014 Das BMZ antwortete, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle Vertragsverhandlungen abgeschlossen seien und dass sie bereits Anfang März mitgeteilt hätten, dass eine vollständige Offenlegung der Verträge sowie der Projektvorschläge ohnehin nicht möglich sei.
- 30.09.2014 Offizielle Anfrage von Oxfam ans BMZ mit förmlichen Verweis auf Informationsfreiheitsgesetz (IFG) und Umweltinformationsgesetz (UIG).
- 27.10.2014 Das BMZ teilte mit, dass die Bearbeitung der Anfrage noch längere Zeit in Anspruch nehmen könnte.
- 03.12.2014 Schriftlicher Bescheid des BMZs: 28 Anlagen, darunter Verträge, Memorandum of Understanding, Anwesenheitslisten von Projekttreffen und Projektupdates. Ein Teil der Dokumente war zum Teil erheblich geschwärzt.
- 23.12.2014 Oxfam legte Widerspruch ein. Es fehlten: Prüfung auf Grundlage des UIG, einige Kooperationsverträge, Leistungsbeschreibungen einiger Projekte, Kalkulationen, einige Protokolle und Teilnehmer*innenlisten. Richtlinien und Schulungsmaterial für Trainings, Schulungen und Demonstrationsbetriebe wurden nicht übersandt, obwohl sie existierten und bereits teilweise eingesetzt wurden.
- 25.02.2015 BMZ sendete einige Dokumente vorab.
- 10.04.2015 Oxfam erhielt den Bescheid zum Widerspruch, sowie erneut einige Dokumente mit geringeren Schwärzungen.
- 17.09.2015 Oxfam fragte bei der GIZ erneut wegen der Trainingsmaterialien nach.
- 07.10.2015 Oxfam erhielt umfassende Trainingsmaterialien aus dem BRIA- und dem CARI Projekt.

5) Planung und Zielgruppeneinbindung: Top Down

Um den Hunger wirksam bekämpfen zu können, ist eine Einbindung der Zielgruppen von Anfang an von großer Bedeutung. Die Partizipation der Betroffenen ist ebenso ein wichtiges menschenrechtliches Prinzip. In den 558 Seiten (ohne Trainingsmaterialien), die uns vom BMZ zugesandt wurden, haben wir jedoch keinen Hinweis dafür gefunden, dass Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bzw. Bauern- und Frauenorganisationen eng in die Entwicklung eines der Projekte eingebunden wurden. Es ist frapierend, dass die Projekte bis auf eine beschränkte Ausnahme ohne die Zielgruppen oder deren Organisationen, aber in enger Abstimmung mit den Unternehmen entwickelt wurden.

Die Teilnehmerlisten des CARI-Schlüsselpartnertreffens (Februar 2014) sowie der Treffen des CARI-Steuerungskomitees (April und Oktober 2014) weisen keine Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bzw. Vertreter*innen von Bauern- oder Frauenorganisationen auf. Zum Steuerungskomitee gehören unter anderem AGCO, Bayer CropScience, Syngenta, Wienco, Yara und ein Vertreter des deutschen Agrobusiness. Die Besetzung des Steuerungskomitees mit Vertreter*innen dieser Unternehmen ist auch deshalb bemerkenswert, weil es bis auf die Memorandi of Understanding (MoU) mit Bayer und RMG keine Kooperationsabkommen mit den Unternehmen gibt. Die Unternehmen waren bzw. sind also in ein zentrales Projektgremium eingebunden, obwohl sie formal überhaupt keine Kooperationspartner waren bzw. sind. Die Nichteinbeziehung der Zielgruppen muss auch für BRIA konstatiert werden. An dem regionalen BRIA-Planungsworkshop (Februar 2014) haben ebenso keine Bauern oder Vertreter*innen von Bauern- oder Frauenorganisationen teilgenommen, wohl aber 5 Vertreter von BASF, 4 Vertreter von Bayer, 2 Vertreter von DSM und 2 Vertreter von Yara. Auch auf der BRIA-Homepage werden als Partner ausschließlich die kooperierenden Unternehmen benannt: BASF, Bayer CropScience, Deutsche Bank, DSM, OLAM und Yara. Einzig bei dem Kick-Off Workshop von PIA (Februar 2014) nahmen ein Bauer und eine Bäuerin teil (keine Vertreter*in einer Bauern- oder Frauenorganisation). Dem gegenüber standen ca. 15 Vertreter*innen von Unternehmen inkl. Bayer, Europlant, K+S, Grimme, Solana und Syngenta.

Implizit bestätigt die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 25.2.2014 die fehlende Beteiligung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bzw. Bauern- und Frauenorganisationen bei der Projektentwicklung, wenn sie erklärt, dass bäuerliche Vertreter und zivilgesellschaftliche Gruppen im Rahmen der jetzt startenden Sondierungsphasen einbezogen werden würden.²² Das heißt, sie waren vorher nicht einbezogen. Die Phase der Konzeptentwicklung war bei BRIA und CARI zu dem Zeitpunkt bereits abgeschlossen. Weder Kleinbauern und Kleinbäuerinnen noch Bauern- und Frauenorganisationen werden zudem als Umsetzungspartner genannt. Stattdessen ist im CARI-Angebot der GIZ beispielsweise zu lesen: „Die Implementierung findet in enger Kooperation mit dem Privatsektor statt“. Im Rahmen von BRIA erfolgen die Schulungen in Zusammenarbeit mit Bayer CropScience und BASF. Die Bewusstseinsbildung übers Fernsehen findet zusammen mit BASF statt. In der „Curriculum Working Group & Steering Committee“ von BRIA in den Philippinen sind nur die GIZ, Unternehmenspartner und die philippinische Behörden vertreten.²³ Solche Beteiligungsmöglichkeiten existieren für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bzw. Bauern- und Frauenorganisationen nicht. Ihr Wissen, ihre Interessen, ihre Bedürfnisse, ihre Prioritäten werden nicht abgefragt, obwohl „marktorientierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen“ offiziell die Zielgruppe der drei PPP-Projekte darstellen.

6) Welche Landwirtschaft wird gefördert?

Eine Schlüsselfrage bei der Bewertung der PPP-Projekte ist, welches Agrarmodell gefördert wird. Beruht es auf agrar-ökologischen Ansätzen oder einseitig auf den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln? In den Antworten auf die Kleine Anfrage der Fraktion „DIE LINKE“ und „Bündnis90/DIE GRÜNEN“ erklärt die Bundesregierung: „In den Vorhaben soll kleinbäuerlichen Betrieben ein Grundverständnis über nachhaltige Landwirtschaft und integrierten Pflanzenschutz vermittelt werden...Besonders umweltschädliche Produkte sollen gar nicht mehr zur Anwendung kommen.“

²² Es findet sich in den Dokumenten kein Hinweis, dass bäuerliche Vertreter und zivilgesellschaftliche Gruppen in die Konzeptentwicklung und -implementierung „eng“ einbezogen wurden. Einzig bei PIA nahmen ein Bauer und eine Bäuerin an einem Kick-Off Workshop teil, bei dem u.a. die Umsetzung bzw. der Aktionsplan diskutiert wurde.

²³ Siehe FN 12 und Better Rice Initiative Asia - Thailand report. Regional Management Committee Meeting, Bangkok, Thailand. 29 October 2014. S. 6.

Explizit ökologische Anbauverfahren werden nicht ausgeschlossen... Die produktneutralen Trainings sehen nicht den Einsatz spezifischer Pflanzenschutzmittel vor.²⁴ „In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass die Bodenfruchtbarkeit erhalten und möglichst gesteigert wird.“²⁵ Im Guide sind sieben Nachhaltigkeitskriterien aufgeführt, die von allen PPP-Projekten erfüllt werden müssen.²⁶

Um besser zu verstehen, welche Ansätze in den Schulungen den Bauern und Bäuerinnen präsentiert wurden, haben Oxfam und die Agrar Koordination eine unabhängige Analyse der Schulungsmaterialien in Auftrag gegeben. Untersucht wurden die Trainingsmaterialien, die in Nigeria (CARI) und in den Philippinen (BRIA) angewandt wurden im Hinblick auf Wahlfreiheit, Bodenfruchtbarkeit, agrarökologische Anbauverfahren, Agrobiodiversität und hochgefährliche Pestizide.²⁷ Bei der Kartoffelinitiative PIA gestattete ein von der GIZ ermöglichter Projektbesuch Einblicke in das Projekt in Kenia.²⁸

6.1. Bewertung der „Competitive African Rice Initiative“ (CARI)

Die Analyse der in Nigeria zur Anwendung kommenden Trainingsmaterialien ergab, dass CARI stark ein input-basiertes Agrarmodell fördert. Die Anwendung von Pestiziden wird als die vorzuziehende und überlegene Methode zur Beseitigung von Unkräutern, Krankheiten und Schädlingen dargestellt: Formulierungen wie „Chemisches Jäten spart Zeit und Geld“ oder „Säubern des Landes mit Herbiziden“ zeigen dies exemplarisch.²⁹ Während der Einsatz von zugelassenen und empfohlenen Pestiziden nur bei Schädlings- bzw. Krankheitsbefall angeraten wird, gibt es keinen einzigen Hinweis auf alternative biologische Schädlingsbekämpfungsansätze. Mehrere Kapitel liefern eher klare Anweisungen im Frage-Antwort-Teil des Schulungsmaterials, das die Teilnehmer*innen durch die Inhalte führt. Das vom BMZ geforderte Prinzip der Wahlfreiheit wurde missachtet, denn CARI beinhaltet Empfehlungen für den Einsatz von spezifischen Pestiziden. Entgegen den Aussagen des BMZ werden bei CARI den Kleinbäuerinnen und -bauern keine ökologischen Anbauverfahren als Option vorgestellt.

CARI empfiehlt den Einsatz von hochgefährlichen Pestiziden (Highly Hazardous Pesticides, HHPs) wie Lambda-Cyhalothrin, Cypermethrin, Deltamethrin und Mancozeb, die auf der PAN International-Liste stehen. Lambda-Cyhalothrin ist ein akut toxisches Pestizid, das verhängnisvoll bis tödlich („fatal if inhaled“) bei Inhalation sein kann.³⁰ Ursprünglich wurde auch Glyphosat empfohlen, dies ist aber inzwischen wieder geändert worden. In der aktuellen Online-Version vom 13.5.2016 ist es nicht mehr zu finden.³¹ Im Rahmen von CARI – nachgewiesen in einer Studie von CARI und GIZ zum integrierten Pflanzenschutz in Nigeria - werden sechs kommerzielle Produkte von Bayer CropScience empfohlen, wobei zwei als „besonders nützlich“ hervorgehoben werden: Innova und Routine. Auch Glyphosat steht auf der Liste der empfohlenen Pestizide.³² Es werden also entgegen den Aussagen des BMZ besonders umweltschädliche Produkte und spezifische Pestizide im Rahmen von CARI empfohlen. Das im Guide verankerte Prinzip der Wahlfreiheit in Bezug auf die Anwendung von Inputs wurde nicht beachtet. Die Bundesregierung hatte im Oktober 2015 angekündigt, dass die PAN HHP-Liste und

²⁴ Siehe FN 3. Drucksache 18/4016 vom 16.2.2015..

²⁵ Siehe FN 12: Drucksache 18/649 vom 24.2.2014.

²⁶ Die sieben Nachhaltigkeitskriterien beinhalten die Einhaltung der freiwilligen Leitlinien zu Land (VGGT), der Prinzipien für verantwortliche Agrarinvestitionen (rai-Prinzipien) und der internationalen Lebensmittelstandards (Codex-Alimentarius), den Schutz von traditionellem Wissen und nachhaltige Nutzung genetischer Ressourcen, die nachhaltige Produktion (ökologische Nachhaltigkeit, keine Verschmutzung von Wasser und Boden, Förderung der Bodenfruchtbarkeit), Steigerung der Produktion (Ernährungssicherheit), sowie das Empowerment und die Beteiligung von Bauern und ihren Organisationen (siehe GFP-Guide S.8-9).

²⁷ Martin Rokitzki (2016): German Food Partnership. An Assessment of the Training Material Used in the „Better Rice Initiative“ (BRIA) and “Competitive African Rice Initiative” (CARI) Programmes.

²⁸ Vgl. Marita Wiggerthale: Kartoffelinitiative Afrika: Tolle Knolle oder absurde Entwicklungshilfe. Blog.

<https://www.oxfam.de/blog/kartoffelinitiative-afrika-tolle-knolle-absurde-entwicklungshilfe>.

²⁹ CARI: Doing good business with quality rainfed lowland rice – Producer’s Reference. 2015. S.38 und 18. <http://cari-project.org/wp-content/uploads/2016/05/Producers-reference-lowland-rice-13052016.pdf>.

³⁰ Gemäß der Klassifizierung der “Globally Harmonised System of Classification and Labelling of Chemicals” (GHS). PAN International: List of Highly Hazardous Pesticides. June 2015. http://www.pan-germany.org/download/PAN_HHP_List_150602_F.pdf.

³¹ Siehe FN 31.

³² CARI and GIZ (2015): Integrated Pest Management for Rice Production in Nigeria. Report on a consultancy for the CARI program by Dr. Otto Mück. 2015. S.47. <http://cari-project.org/wp-content/uploads/2015/05/CARI-Rice-IPM-Nigeria-Draft-Study.pdf>. Zugriff am 2.7.2016.

deren Fortschreibungen zeitnah in der GIZ-internen Beschaffungsrichtlinie berücksichtigt werden.³³ Gleichwohl hat das nicht dazu geführt, dass die hochgefährlichen Pestizide bei der nachträglichen Änderung des CARI-Schulungsmaterials im Mai 2016 komplett ausgeschlossen wurden.

Der Einsatz von Pestiziden wird ab dem Erreichen bestimmter Schadschwellen empfohlen („Schadschwellenprinzip“, siehe auch GFP-Guide). Dieser Ansatz ist unnötig schädlich und veraltet angesichts der letzten Innovationen in der Reisproduktion, die eine Steigerung der Produktion ohne den Einsatz von Pestiziden erlauben. Auch ein im Unterrichtsmaterial enthaltener Vergleich von zwei verschiedenen Anbaumethoden – mit und ohne Inputs (Pestizide, NPK, Urea) – stellt sich bei näherer Betrachtung als kaum verholene Empfehlung eines pestizidbasierten Ansatzes heraus. Auf agrarökologische Anbaumethoden wie das System of Rice Intensification (SRI), das erhebliche Ertragssteigerungen gerade bei traditionellen Reissorten ermöglicht, wird gar nicht eingegangen.

Beim Saatgut werden ausschließlich verbesserte und zertifizierte Sorten empfohlen. Beim Erwerb von zertifizierten Sorten muss der Bauer Lizenzgebühren zahlen, während traditionelle Sorten frei getauscht und nach der Ernte wiederverwendet werden können.³⁴ Zwei von fünf Empfehlungen beinhalten den Einsatz der Reissorte Nerica, die in Afrika als „Wunder-Pflanze“ gepriesen wurde, in der Praxis aber nicht hielt, was versprochen wurde.³⁵ Das Wort „Bodenfruchtbarkeit“ taucht nur einmal im 57-seitigen Schulungsdokument auf. CARI hakt das Thema mit dem Hinweis ab, dass es besser sei, für den Reisanbau ein Stück Land zu wählen, wo in der vorherigen Saison z.B. Reis, Kuhbohnen oder Sojabohnen angebaut wurden. Entgegen den Aussagen des BMZs, ist der Erhalt und gar die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit nicht im Fokus von CARI.

Zusammenfassung: Das CARI-Schulungsmaterial ist im Hinblick auf die direkte und eindeutige Förderung von agrochemischen Inputs (Düngemittel, Pestizide) sehr kritisch zu sehen, weil potenziell negative wirtschaftliche, Umwelt- und Gesundheitsfolgen komplett bzw. nicht hinreichend berücksichtigt werden. Auch werden keine Alternativen (z.B. biologische Schädlingsbekämpfung) aufgezeigt. Hochgefährliche Pestizide und Markenprodukte von Bayer werden explizit empfohlen. Es ist ein untragbarer Umstand für ein groß angelegtes Programm wie CARI, dass die ökologische Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. Dieser Umstand wird von der GIZ in ihrem Angebot in einem Punkt auch explizit eingeräumt. Dort heißt es: „Durch die Intensivierung von Bewässerungsreis trägt das Vorhaben nicht zu vermehrtem Umweltschutz bei“.³⁶

6.2. Bewertung der „Better Rice Initiative Asia“ (BRIA)

Das Schulungsmaterial ist für die Philippinen sehr umfassend und für Indonesien sehr beschränkt, während jenes in Thailand nur in thailändisch verfügbar ist und für dieses Dossier nicht analysiert werden konnte. Verglichen mit CARI sind die Module von BRIA-Philippinen umfassender und breiter gefächert.³⁷ Sie enthalten auch mehr Optionen. Auch hier ist ein starker Fokus auf eine input-basierte Landwirtschaft vorzufinden. Gleichwohl erwähnen die Module einige Alternativen wie das System of Rice Intensification (SRI) und Saatgutbanken auf Gemeindeebene, ohne sie jedoch im Detail ausführlich zu erklären. Im Hinblick auf Saatgut wird zertifiziertes Saatgut gefördert, traditionelle Sorten werden wie bei CARI nicht erwähnt. Hinweise auf die Vorteile der Agrobiodiversität sucht man ebenso vergeblich.

³³ Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.10.2015. Drucksache 18/6451. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/064/1806451.pdf>.

³⁴ Zertifiziertes Saatgut ist Saatgut, das nur in den Verkehr gebracht werden darf, wenn es von amtlicher Seite kontrolliert wurde. Bei erfolgreicher Kontrolle bzw. Prüfung wird das entsprechende Saatgut zertifiziert. Beim Verkauf von zertifiziertem Saatgut werden vom Züchter Lizenzgebühren erhoben.

³⁵ Grain: Nerica – another trap for small farmers in Africa. 15 January 2009. <https://www.grain.org/article/entries/111-nerica-another-trap-for-small-farmers-in-africa>.

³⁶ Anmerkung: Es ist offen, ob die Partner von Bayer CropScience „Sahel Farming“ und „RMG“ im Rahmen von CARI im Bagré Growth Pole in Burkina Faso im Reisanbau involviert sind. Oxfam analysiert, inwieweit Bauern nach den Instandsetzungsarbeiten für die Bewässerung schlechter als vorher gestellt sind. Siehe: <https://new-alliance.org/sites/default/files/resources/Copy%20of%20Summary%20of%20New%20Alliance%20Letters%20of%20Intent.pdf>.

³⁷ BRIA: Training of Trainers Module. Better Rice Initiative Asia – Fostering Agriculture and Rice Marketing by Improved Education and Rural Advisory Services (BRIA – FARMERS). <http://www.better-rice-initiative-asia.org/admin/upload/resources/14-05-2016-1463160449.pdf>.

Den Kern der Schulungsmaterialien bildet das sog. PalayCheck System.³⁸ Es stellt grundsätzlich einen integrierten Ansatz dar, fällt aber hinter anderen Anbaumethoden wie SRI zurück, die weniger Düngemittel und Pestizide erfordern. PalayCheck gibt wenig Orientierung bezüglich der Bedeutung von organischer Substanz für das Bodenleben und des Alters der Setzlinge und ihrer Anordnung, was wichtig für die Ausbildung von gesunden Wurzeln ist. Inpunkto Bodenfruchtbarkeit wird zwar eine gute Vorbereitung des Feldes und die Integration von Pflanzenresten hervorgehoben, aber wenig über die Bedeutung von organischen Düngemitteln wie zum Beispiel Kompost oder andere Biomasse gesagt. Stattdessen wird sehr einseitig auf die positiven Effekte und die Notwendigkeit von synthetischen Düngemitteln als hervorragenden Ansatz zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit verwiesen. Die Düngemittelprodukte des norwegischen Konzerns Yara – mit Niederlassung in Deutschland - und das „Just in time“-Pflanzenernährungskonzept von Yara werden explizit empfohlen. Dabei wird in den Operativen Leitlinien von BRIA unmissverständlich ausgeführt, dass es gemäß dem BMZ nicht erlaubt ist, Produktplatzierung zu betreiben.³⁹

Die Handlungsanleitung beim Wassermanagement ist auf wassersparende Bewässerungstechniken wie das „alternierende Wässern und Trocknen“ (AWD) fokussiert, das vom Internationalen Reisinstitut IRRI als Alternative zu SRI entwickelt wurde. AWD baut auf den Fortschritten bei Reisproduktionstechnologien auf, die belegen, dass der Boden nicht über die gesamte Wachstums- und Reifeperiode gewässert sein muss. Damit wird zwar Wasser gespart und Methanemissionen reduziert, aber es ist dennoch Teil eines konventionellen Reisproduktionsmodells.

Das Thema Bodenfruchtbarkeit als solches wird nicht behandelt. Entgegen der Aussage des BMZs wurde kein besonderer Wert auf den Erhalt bzw. die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit gelegt. Wenn Böden im Unterrichtsmaterial thematisiert werden, dann im Zusammenhang mit Pflanzenernährung (Anwendung von Düngemitteln) oder im Kontext von klimasmarter Landwirtschaft (Kohlenstoffspeicherung im Boden). Die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel werden ausführlich behandelt, aber es werden wenig praktische Ratschläge angeboten. Die Integration von Wetterdaten in die Entscheidungsfindung von Bauern und Bäuerinnen stellt eine wichtige Voraussetzung für die Minimierung von Klimarisiken dar, aber die vorgeschlagenen Instrumente werden oft genutzt, um die Präzisionslandwirtschaft mit dem Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln zu fördern.

In einem Modul bietet BRIA Bayer CropScience eine Plattform, um die Vorteile chemischer Schädlingsbekämpfung zu präsentieren. Auch wenn keine spezifischen Produkte genannt werden, ist die Botschaft trotzdem klar: „Pestizide sind hilfreich zum Pflanzenschutz“ und „negative Auswirkungen von Pestiziden sind bei korrekter Anwendung vermeidbar“. Diese Empfehlungen ignorieren bedauerlicherweise die Erfahrungen mit der Anwendung von SRI, bei dem der Einsatz von Pestiziden gar nicht oder nur sehr spärlich erfolgt. Ähnlich wie bei CARI werden auch bei BRIA hochgefährliche Pestizide empfohlen, die auf der Liste von PAN International stehen, zum Beispiel Mancozeb und Carbendazim.⁴⁰

Zusammenfassung: Insgesamt geben die BRIA-Schulungsmaterialien input-basierten Technologien den Vorrang gegenüber nachhaltigen Ansätzen wie der biologischen Schädlingsbekämpfung. Gleichwohl verweisen einige Folien auf agrarökologische Anbauverfahren. Einige Module enthalten Empfehlungen von spezifischen Pestiziden und Düngemittelprodukten. Der Auflage des BMZs, keine Produktplatzierung zu erlauben, wurde somit nicht entsprochen. Manche Pestizide sind hochgefährlich und werden in der Liste von PAN International aufgeführt. BRIA fördert das PalayCheck-System, das im Hinblick auf die Schädlingsbekämpfung, die Nährstoffversorgung und die Anpflanzungsmethode hinter SRI zurückfällt. Ebenso wurde entgegen den Aussagen des BMZs kein besonderer Wert auf die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit gelegt.

³⁸ Siehe <http://www.pinoyrice.com/palaycheck>.

³⁹ Siehe Better Rice Initiative Asia – BRIA. Operating Guidelines. S.11.

⁴⁰ Siehe FN 31.

6.3. Bewertung der „Potato Initiative Africa“ (PIA)

Mitte Dezember 2015 ergab sich die Möglichkeit, im Rahmen eines von der GIZ ermöglichten Besuchs Einblicke in das Kartoffelprojekt (PIA) in Kenia zu gewinnen. Die Kartoffel ist in dem Land nach Mais das zweitwichtigste Grundnahrungsmittel, sehr nahrhaft und günstiger als Reis. Kartoffelanbau ist in Kenia überwiegend Frauensache. Die Kartoffel ist wichtig für eine gute Ernährung und deren Anbau stellt aktuell eine wichtige Einkommensquelle für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen dar. 96 Prozent des Kartoffelpflanzguts stammen bislang aus der eigenen Ernte oder von benachbarten Höfen, d.h. die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen müssen kein teures, zertifiziertes Pflanzgut kaufen. Im Bezirk Nyandarua, in dem das GIZ-Projekt umgesetzt wird, gibt es 130.000 Betriebe, die hauptsächlich Kartoffeln anbauen.

Selbstkritisch ist anzumerken, dass die Bedeutung der Kartoffel in Kenia als Grundnahrungsmittel von zivilgesellschaftlicher Seite zu wenig in der Bewertung von PIA berücksichtigt wurde. Gleichwohl zeigen sich in der Umsetzung mehrere Problempunkte, die auf die Kooperation mit den Agrarunternehmen Bayer CropScience, Syngenta, Europlant und Solana zurückzuführen sind:

- (1) **Krankheitsdruck und pestizid-fokussierter Anbau:** Im GIZ-Projekt wird zur Schädlingsbekämpfung der Fokus auf den Einsatz von Pestiziden gesetzt. Pestizide von Bayer CropScience und Syngenta kamen zum Einsatz. Knollenfäule ist ein großes Problem im Kartoffelanbau in Kenia. Dies hängt auch sehr stark mit fehlenden Anbaupausen (Fruchtfolge) zusammen. Normalerweise erfolgt im konventionellen Kartoffelanbau eine Anbaupause von 4-5 Jahren (im ökologischen Landbau 6-7 Jahre). Alternativen, die eine Minimierung von externen Inputs erlauben, wurden nicht erprobt und auch nicht aufgezeigt.
- (2) **Risiko der Einschleppung von aggressiven Krankheitsformen:** Über den Import besteht das Risiko, dass eine aggressive Ausprägung der Knollenfäule eingeschleppt wird, die in der Europäischen Union vorkommt, aber nicht in Kenia bzw. Ostafrika.⁴¹
- (3) **Auswahl der Sorten:** Die Saatkartoffeln wurden aus den Niederlanden importiert. Obwohl auch in benachbarten Ländern wie Uganda und Ruanda in den letzten Jahrzehnten relativ viele Kartoffelsorten entwickelt wurden, die u.U. sogar wesentlich angepasster an die lokalen Bedingungen sind, wurde ihre Testung in PIA nicht erwogen.
- (4) **Krankheitsresistente Sorten:** Die europäischen Sorten, die für die Weiterverarbeitung geeignet sind, benötigen wegen ihrer geringeren Krankheitsresistenz mehr Pestizidbehandlungen als lokal verwendete Sorten. Aus Ernährungssicherungsperspektive ist für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen jedoch die Züchtung auf Krankheitsresistenz und Toleranz zu Trockenheit und Wärme gerade in Zeiten des Klimawandels von entscheidender Bedeutung.
- (5) **Sortencharakteristika:** Eine Umfrage des Kartoffelinstituts CIP hatte ergeben, dass für die Bauern bei der Auswahl der Sorte nicht nur der Ertrag, sondern auch die kulinarischen Qualitäten sowie die Resistenz gegen Knollenfäule und natürlich auch die Vermarktungsfähigkeit wichtig sind. Die Kenianer*innen bevorzugen geschmacklich offensichtlich die lokale Sorte „Shangi“ gegenüber europäischen Sorten. Ein anderer Vorteil der lokalen Sorten sind teilweise kürzere Garzeiten, ein durchaus wichtiges Argument, wenn wenig Geld zum Kauf von Gas zur Verfügung steht.
- (6) **Schlechte Bodenqualität:** Die schlechte Bodenqualität ist eine Ursache für die niedrigeren Erträge in Kenia, wie die GIZ selbst in ihrem Projektkonzept darstellt. Trotzdem wird darauf im Projekt nicht eingegangen. Der Hinweis, dass es sich hier nur um eine Testphase handelte und Schulungen deswegen nicht Teil des Projektes seien, ändert nichts an der fehlenden Adressierung der Bodenproblematik.
- (7) **Zielerreichung:** Im PIA-Konzept wird aufgeführt, dass dieses Projekt einen Beitrag zur Reduzierung von Armut und Hunger und zur Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit leiste. Gespräche vor Ort wiesen darauf hin, dass die beteiligten Haushalte nicht von Hunger betroffen sind. Angesichts des massiven Einsatzes von Pestiziden und der fehlenden Anwendung von agrarökologischen Anbauverfahren ist ein Beitrag zur Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit nicht ersichtlich. Informationen zur Armutsreduzierung liegen Oxfam nicht vor.
- (8) **Hohe Produktionskosten und hohes Risiko:** Kleinbauern und Kleinbäuerinnen haben wenig bis gar keinen finanziellen Puffer, um Ernteverluste bzw. Fehlinvestitionen auszugleichen. Der Fokus auf eine kostenintensive Form des Kartoffelanbaus mit massivem Einsatz von Pestiziden Düngemitteln und dem Kauf von teurem, zertifiziertem Saatgut ist potenziell mit erheblichen

⁴¹ TheObserver: Kenya potato import plan worries region. 26 June 2014. <http://observer.ug/business/79-businessstories/32457--kenya-potato-import-plan-worries-region>.

finanziellen Risiken im Falle von Ernteverlusten (z.B. durch Klimawandel, Schädlingsbefall) verbunden.

Zusammenfassung: Bei der Kartoffelinitiative PIA kamen Pestizide von Bayer CropScience und Syngenta zum Einsatz. Die Aussage des BMZs, dass der Einsatz „spezifischer Pflanzenschutzmittel“ nicht vorgesehen sei, dürfte sich nicht nur auf Trainings, sondern auf alle Vorhaben bezogen haben. Inwieweit die eingesetzten Pestizide als hochgefährlich einzustufen sind, kann aufgrund fehlender Informationen nicht beurteilt werden. Explizit ökologische Anbauverfahren wurden entgegen den Aussagen des BMZs bei diesem Projekt quasi ausgeschlossen, da sie nicht angewendet wurden.⁴² Auch wurde in diesem Fall nicht sichergestellt, dass die Bodenfruchtbarkeit verbessert wird. Eine Anforderung, die gemäß dem BMZ und dem GFP-Guide für alle Vorhaben gilt.⁴³

7) Fazit

Eine vollständige Bewertung der PPPs ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, zumal die Reisprojekte bis Ende 2017 laufen. Es müssten zudem die Baseline-Studien und die Evaluierungsberichte nach Abschluss der Projekte vorliegen. Diese Analyse stellt vielmehr ein Zwischenfazit im Hinblick auf die Erfüllung der BMZ-Anforderungen im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit und der Wahlfreiheit für Bauern und Bäuerinnen dar und problematisiert die einseitige Festlegung auf ein input-basiertes Agrarmodell mit seinen negativen Auswirkungen. Angesichts der sich verschlechternden Umweltbedingungen und der Überschreitung planetarischer Grenzen ist es verantwortungslos, die Dimension der ökologischen Nachhaltigkeit derart zu vernachlässigen, wie das bei den PPPs der Fall ist.⁴⁴ Vielzählige Beispiele belegen, dass diversifizierte Anbausysteme weniger anfällig für Krankheiten und Schädlingsbefall sind. Mit der Fokussierung auf den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln werden die Umweltprobleme in der Landwirtschaft und die schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen, die mit dem Einsatz insbesondere hochgefährlicher Pestizide einhergehen, nicht angegangen, sondern mittel- und langfristig eher noch verschärft. Wichtige Ansätze, die die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft bei fortschreitender Bodenzerstörung, zunehmender Wasserknappheit und häufigeren Wetterextremereignissen erhöhen könnten, werden ignoriert.

„Die Zielgruppe sind marktorientierte Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die nicht ausschließlich subsistenzorientiert arbeiten.“⁴⁵ Im GIZ-Angebot bei CARI werden als Zielgruppe Reisbauern und -bäuerinnen mit einem Einkommen von weniger als 2 US/Tag benannt, bei PIA kleinbäuerliche Erzeuger mit 1-5 ha und durchschnittlichen Erträgen von 3-7 Tonnen pro Hektar. Bei BRIA wird die Zielgruppe nicht genauer spezifiziert. Mit dem Wertschöpfungskettenansatz können in der Tat nur die marktorientierten Kleinbauern und Kleinbäuerinnen oder wie das BMZ auch formuliert „die Potenzialbauern und -bäuerinnen“ erreicht werden. Ihr Anteil wird allgemein auf 10-25 Prozent der kleinbäuerlichen Erzeuger geschätzt. Marginalisierte Gruppen, also die ärmsten Bauern und Bäuerinnen fallen gänzlich durch das Raster. Deren Diskriminierung – oft Grund für Hunger und Armut – wird weiter verschärft. Dabei erfordert das Menschenrecht auf Nahrung, dass insbesondere marginalisierte und vulnerable Gruppen im Fokus stehen und dass ihre Partizipation sichergestellt wird. Bei großangelegten Entwicklungsprojekten ist es nicht nur wichtig, die Netto-Einkommenseffekte, die ökologische Nachhaltigkeit und die Resilienz zu analysieren, sondern auch die Auswirkungen auf die kleinbäuerlichen Erzeuger und andere vulnerablen Gruppen, die nicht Teil des Projektes sind. Eine entsprechende Risikoanalyse findet sich in den Projektkonzepten nicht. Mit der „Modernisierung der Landwirtschaft“ nach europäischem Vorbild werden zudem der Strukturwandel befördert und Arbeitskräfte freigesetzt werden. Mangels anderer Wirtschaftssektoren, die den Verlust landwirtschaftlicher Arbeitsplätze auffangen können, werden so immer mehr Menschen ins Abseits gedrängt. Ohne eine Gesamtagrarstrategie, die niemanden zurücklässt („Leave no one behind“, Agenda 2030), wird es nur bessere Lebensbedingungen für besser gestellte, marktteilnehmende

⁴² Siehe FN 12. Drucksache 18/4016.

⁴³ GFP-Guide: “GFP projects ensure ecological sustainability, prevent water and soil pollution and enhance soil fertility.” S.9.

⁴⁴ Siehe Erklärung des Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags: Die planetarischen Grenzen sollen die Grenzen der Belastbarkeit unserer Erde bestimmen. Ein Überschreiten dieser Grenzwerte könnte Veränderungen der ökologischen Rahmenbedingungen verursachen, die sich zu einem Risiko für zukünftige Generationen entwickeln könnten. https://www.bundestag.de/blob/279434/12fcb3040a6f085a130bec56b20366a2/planetare_grenzen-data.pdf.

⁴⁵ Siehe FN 12. Drucksache 18/649.

Bauern und Bäuerinnen geben, während auch weiterhin marginalisierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen vernachlässigt und diskriminiert werden.

In den 558 Seiten (ohne Trainingsmaterialien), die uns vom BMZ zugesandt wurden, hat Oxfam keinen Hinweis dafür gefunden, dass Kleinbauern und Kleinbäuerinnen bzw. Bauern- und Frauenorganisationen bei der Entwicklung eines der Projekte eng eingebunden wurden. Dabei ist dies ein wichtiges menschenrechtliches Prinzip, das grundsätzlich vom BMZ anerkannt und auch im GFP-Guide mit der Vorgabe zur notwendigen Einhaltung des Rechts auf Nahrung festgehalten ist. Es ist frappierend, dass Projekte immer noch ohne die Zielgruppen entwickelt werden. Dabei sollten insbesondere die Menschen, die von Armut und Hunger betroffen sind, bei Entwicklung von Projekten und Programmen eingebunden werden. Nur wenn ihr Wissen, ihre Bedürfnisse und ihre Prioritäten stärker berücksichtigt werden, kann das Ziel der Beendigung des Hungers bis 2030 erreicht werden.

Verbesserter Marktzugang für deutsche Unternehmen

Im BRIA-Kooperationsvertrag mit Bayer CropScience ist klar beschrieben, dass der Konzern über die Kooperation mit der GIZ seine Kontakte zu Bauern ausweiten will. Bei CARI wird dargelegt, dass die Unternehmen permanent anstreben, eigene Wettbewerbsvorteile zu erhalten oder zu erreichen, wodurch auch im Interesse der staatlichen Träger die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wertschöpfungskette gestärkt werde (siehe ValueLinks). Im PIA-Konzept wird das Unternehmensinteresse am ausführlichsten beschrieben: Alle beteiligten Unternehmen möchten mit der Zusammenarbeit mit der GIZ, Regierungsbehörden etc. ihren Marktzugang in Nigeria und Kenia stärken. Besonders interessiert seien die Unternehmen, Kleinbauern zu erreichen und dadurch ihre Beschaffung von Agrarprodukten und den Verkauf ihrer Inputs (Pestizide etc.) zu erhöhen. Es werde davon ausgegangen, dass das bessere Verständnis von Bauern über die Profitabilität von besseren Prozessen, Saatgut, Schädlingsbekämpfung und Düngung die Nachfrage von Bauern nach den von den Unternehmen angebotenen Lösungen erhöhe und damit schlussendlich die Marktsichtbarkeit, die Marktanteile und Geschäftsmöglichkeiten der Unternehmen verbessert würden. Durch die Kooperation mit der GIZ werde eine bessere Erreichung von Bauern erwartet.

Dass Interesse der Unternehmen liegt wie oben beschrieben auf der Hand. Die GIZ ist für sie ein nützlicher Türöffner, um ihren Zugang in den Märkten der Entwicklungsländer zu stärken bzw. zu verbessern. Politisch wird zumindest in Kauf genommen, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit genutzt wird, um die Marktsichtbarkeit bzw. Marktanteile deutscher Unternehmen gegenüber einheimischen oder anderen internationalen Unternehmen zu verbessern. Implizit stellt es somit ein Instrument der Wirtschaftsförderung dar und wirft wettbewerbsrechtliche Fragen auf. Die GIZ selbst sieht sich vielmehr als „Broker“ zwischen den zu verfolgenden Entwicklungszielen und den Unternehmensinteressen. Sie hat vor allem marktorientierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen im Blick.

Oxfam möchte mit der Analyse die notwendige Diskussion über diese zentralen Fragestellungen voranbringen. Bislang werden die Hinweise auf die Risiken nach wie vor vom BMZ und von der GIZ nicht angemessen diskutiert oder gar berücksichtigt. Eine umfassende Evaluierung der landwirtschaftlichen PPPs liegt bislang nicht vor. Es wäre sinnvoll, in einem ergebnisoffenen Prozess den Rahmen zu definieren und einzugrenzen, in dem eine Kooperation mit der Agrar- und Ernährungswirtschaft aus Entwicklungsperspektive förderlich sein könnte. Es ist unbestritten, dass eine Kooperation mit Unternehmen aus Entwicklungsperspektive einen Beitrag zur Armutsreduzierung leisten kann. Gleichwohl ist es wichtig, die Implikationen auf der Mikro- und Makroebene bei der Ausgestaltung zu berücksichtigen und die Einflussphären der Unternehmen zu begrenzen. Im Hinblick auf die direkte Verbesserung der Ernährungssituation von Menschen, die unter Hunger leiden, darf die Sinnhaftigkeit dieser Art von PPPs bezweifelt werden. Marktbasierte Entwicklungsmodelle unterschätzen die Risiken für vulnerable Haushalte und Wertschöpfungsketten-Ansätze adressieren nicht die Bedürfnisse der vulnerabelsten Menschen. Die Verwendung hochgefährlicher Pestizide bringt erhebliche Gesundheits- und Umweltprobleme mit sich. Die Bundesregierung sollte ihren Einsatz in der Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich ausschließen. Statt eine industrielle Landwirtschaft zu befördern, sollte der Schwerpunkt auf Anbauverfahren liegen,

die Bodenfruchtbarkeit verbessern, die biologische Vielfalt erhalten und eine Anpassung an den Klimawandel ermöglichen.

8) Ausblick: Neue Generation von PPPs?

Das formale Ende der German Food Partnership im Jahr 2015 hat wenig an der Kooperation mit Agrarunternehmen geändert. Im Rahmen der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ stellt das Globalvorhaben „Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“ das Leuchtturmprojekt von Entwicklungsminister Müller dar. Ein wichtiges Kernelement ist wie bei den analysierten PPPs die Entwicklung ausgewählter Wertschöpfungsketten „vom Acker zum Teller“. Die Grünen Innovationszentren dienen der Modernisierung der Agrar- und Ernährungswirtschaft und sollen in enger Kooperation mit relevanten Akteuren der Agrar- und Ernährungswirtschaft umgesetzt werden. Im Unterschied zur GFP wird der Rahmen diesmal positiverweise vom BMZ vorgegeben und nicht gemeinsam mit Agrarunternehmen entwickelt.⁴⁶ Die einzelnen Kooperationen mit Agrarunternehmen erfolgen innerhalb des vom BMZ vorgegebenen Rahmens. Hierbei soll auf bewährte Kooperationsformen, insbesondere auf das Modell der „Matching Grant Facility“ (siehe CARI) zurückgegriffen werden.

Höchstproblematisch ist dabei, dass die Agrarunternehmen auf diesem Weg regulär in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, also das ‚Kerngeschäft‘ des Entwicklungsministeriums bzw. der GIZ, eingebunden sind. Dies stellt eine neue Dimension dar, weil die GFP immerhin „nur“ eine separate, wenn auch strategische Allianz mit Agrarunternehmen darstellte. Im Referenzrahmen für Entwicklungspartnerschaften im Agrar- und Ernährungsbereich werden weiche Kriterien für alle vom BMZ unterstützten Projekte im Agrar- und Ernährungsbereich aufgeführt.⁴⁷ Sie basieren im Wesentlichen auf dem „Guide to the GFP“, der von Oxfam sehr kritisch beurteilt wurde.⁴⁸ Es ist offensichtlich, dass die Kooperationsformen mit den Agrarunternehmen im Rahmen der Grünen Innovationszentren von der GFP inspiriert sind und auf ihnen aufbauen. Implizit stellen die Grünen Innovationszentren im Hinblick auf die Kooperation mit Agrarunternehmen also eine Fortführung der GFP im neuen Gewand dar.

Bislang wurde nur ein Kooperationsvertrag zwischen der GIZ und einem Agrarunternehmen abgeschlossen. Am 3. März 2016 unterschrieb der Chief Marketing Officer von Bayer CropScience in Indien einen entsprechenden Vertrag mit der GIZ. Dabei soll es um die „Modernisierung“ der Apfel-Wertschöpfungskette (Apple Value Chain Interventions for Development, AVID) gehen. Im Rahmen des Projektes führt Bayer CropScience Schulungen durch und gibt auf der Grundlage von Wetterinformationen – die Wetterdaten liefert die von der GIZ finanzierte Wetterstation - Bauern Fungizidempfehlungen für die Bekämpfung des Apfelschorfs („apple scab“).⁴⁹ Der Pilzbefall kann zu Ertragsausfällen und Qualitätsverlusten der Äpfel führen. Ähnlich wie bei dem Kartoffelprojekt in Kenia scheint es hier unter anderem um den „optimierten“ Einsatz von Pestiziden bzw. Fungiziden zu gehen. Aufgrund der aktuell verfügbaren Informationen kann hier jedoch keine Bewertung des Projekts vorgenommen werden.

Interessant ist ein Vergleich der Vertragsmodalitäten des Kooperationsabkommens zwischen der GIZ und Bayer CropScience im Rahmen von BRIA und von AVID. Unter § 4.4. des AVID-Kooperationsabkommens steht geschrieben, dass Bayer CropScience die Schulungen durchführt („conduct“), während bei BRIA-Philippinen „nur“ von einer „Unterstützung der Durchführung der Schulungen“ die Rede war (§ 4.3).⁵⁰ Der GFP-Guide gab vor, dass die Basistrainings ausschließlich von der GIZ oder nichtstaatlichen Akteuren durchgeführt werden mussten, während aufbauende Schulungen Beiträge von Agrarunternehmen zuließen (GFP-Guide, S.17). Bei der GFP gab es darüber hinaus eine klare

⁴⁶ Auch bei der Entwicklung des Globalvorhabens Grüne Innovationszentren wurden Bauern- und Frauenorganisationen in den Entwicklungsländern bzw. die Zielgruppen wenig bzw. unzureichend in die Planung eingebunden.

⁴⁷ BMZ: Referenzrahmen für Entwicklungspartnerschaft im Agrar- und Ernährungssektor. Stand April 2016.

https://www.developp.de/sites/default/files/2016_04_06_referenzrahmen_fuer_entwicklungspartne_2016_0129461_rs.pdf.

⁴⁸ Siehe Oxfam-Hintergrundpapier zum ‚Guide to the GFP‘. https://www.oxfam.de/system/files/wohin_steuert_die_gfp_-_oxfam_hintergrund.pdf.

⁴⁹ Siehe <http://www.cropscience.bayer.in/en/Media/Press-Releases/2016/Apple-Project.aspx>.

⁵⁰ § 4.3.: „support development of training materials and implementation of the trainings“.

Vorgabe, dass Schulungen produktneutral sein müssen. Dies wird jedoch bei den AVID-Schulungen nicht mehr erwähnt.⁵¹ Eine Neuheit stellt auch die gemeinsame Anschaffung der Materialien (Wurzelstock, Inputs etc.) und Ausrüstung (z.B. Düngemittel, Tröpfchenbewässerung, Sprühgeräte) etc. von GIZ und Bayer CropScience dar.⁵² Dies wirft die Frage auf, ob die PPPs unter der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ eine neue Generation von PPPs mit noch weitergehenden Rechten und Vorteilen für die Agrarunternehmen befördern werden.

Über die Grünen Innovationszentren hinaus treibt Entwicklungsminister Müller die Kooperation mit der Wirtschaft auch über die neue BMZ-Agentur für Wirtschaft und Entwicklung weiter voran, die deutsche Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Beratungsangebote unterstützt. Sein Ziel ist, innerhalb von 18 Monaten die Zahl der in Entwicklungsländern aktiven Unternehmen von 1000 auf 2000 zu verdoppeln. Die Kooperation mit der Wirtschaft wird hier schon nicht mehr allein als Mittel zum Zweck, sondern als eigenes Ziel geführt. Und dieser Schritt erfolgt, ohne die Risiken und Gefahren systematisch zu analysieren, ohne eine umfassende Analyse der Wirkungen von bisherigen PPPs durchzuführen und ohne die Bedenken der Zivilgesellschaft in irgendeiner Form aufzugreifen oder gar zu adressieren.

⁵¹ Die Produktneutralität wird nur im Hinblick auf den Modellbetrieb auf S. 10 im Konzept erwähnt.

⁵² „GIZ and BCS will provide for the raw material (new rootstock, inputs etc.), equipment (fertilizers, drip irrigation system, advanced sprayers, cold storage etc.) spray application equipment etc.“